Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Rede
Kiel, 06.09.2018

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Zugang zum Medizinstudium erleichtern statt Ärztemangel akzeptieren

Flemming Meyer zu TOP 17 - Medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen verbessern

„Versorgungsprobleme endlich ernst nehmen“

Ich muss zugeben, dass mich die Zukunft der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen wirklich beunruhigt. Wenn in manchen Regionen Aufnahmestopps und monatelange Wartezeiten eher die Norm als die Ausnahme sind, ist das schlimm genug. Aber wenn der Verband der Kinder und Jugendärzte noch dazu klar vorhersagt, dass innerhalb der kommenden 5 Jahre ein Viertel der von ihnen vertretenen Mediziner in Rente geht, ist das alarmierend. Ganz grundsätzlich beschäftigt uns der Ärztemangel natürlich regelmäßig. Trotzdem weist die SPD hier auf eine drohende Lücke in der Versorgung hin. Aus Sicht des SSW sollten wir uns deshalb dringend intensiver mit diesem Problem beschäftigen.

Schon im Antrag sind wesentliche Faktoren aufgelistet, die zu Engpässen bei ärztlichen Behandlungen von Kindern und Jugendlichen führen. Um Missverständnisse zu vermeiden muss ich eins klar sagen: Wir setzen weder

am Nutzen vermehrter Vorsorgeuntersuchungen noch an der zunehmenden Inanspruchnahme anderer medizinischer Leistungen ein Fragezeichen. Alle Kinder und Jugendlichen im Land haben selbstverständlich den Anspruch auf eine hochwertige medizinische Versorgung. Unabhängig von der Region in der sie leben. Und es ist zuallererst die Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen, diese zu organisieren und auch langfristig sicherzustellen.

Es ist nicht nur Fakt, dass mehr Vorsorgeuntersuchungen stattfinden und allgemein mehr medizinische Leistungen in Anspruch genommen werden. Es ist auch klar, dass diese Untersuchungen aber auch die Krankheitsbilder und ihre Behandlung oft anspruchsvoller als früher sind. Und wir wissen, dass der Bedarf vor allem auch dadurch steigt, dass erfreulicherweise einfach mehr Kinder geboren werden. Eigentlich ist das meiste davon nicht wirklich neu. Diese Dinge hätten längst bei der Versorgungsplanung berücksichtigt werden müssen. Doch leider stehen wir hier vor ähnlichen Problemen, wie zum Beispiel bei den Landärzten.

Zum einen fehlen Anreize, um diesen Beruf zu ergreifen. Für angehende Mediziner sind andere Fachbereiche deutlich attraktiver. Auch aus finanziellen Gründen. Zum anderen wollen manche Verantwortliche das Problem offenbar gar nicht sehen. Denn laut Bedarfsplanung haben wir bei Kinder- und Jugendärzten ja gar keine Unterversorgung. Auch wenn die Realität an vielen Stellen im Land längst anders aussieht. Mir ist bewusst, dass wir uns die fehlenden Mediziner nicht einfach schnitzen können. Aber ich denke schon, dass die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassen diese Versorgungslücke noch ernster nehmen und gegensteuern könnten. Spätestens nach der Reform der Bedarfsplanung auf Bundesebene wird es hier Möglichkeiten geben, die man nutzen muss.

Doch natürlich sind auch wir Landespolitiker in der Verantwortung. Ich denke zwar, dass detaillierte Daten zur tatsächlichen Versorgungslage nicht schaden können. Aber schon heute lässt sich abschätzen, dass in Teilen des Landes eine Unterversorgung droht. Und zumindest wenn es um mittel- bis langfristige Lösungsansätze geht, können wir hier sehr wohl gegensteuern. Wenn ein erheblicher Teil der Ärzteschaft zeitnah in Rente geht, muss dringend die Basis für Nachwuchs verbreitert werden. Aus Sicht des SSW sollten wir deshalb den Zugang zum Medizinstudium grundsätzlich erleichtern. Der Bedarf an Ärztinnen und Ärzten wird absehbar weiter steigen. Längst nicht nur im Bereich der Kinder- und Jugendärzte. Da liegt es für mich nahe, sich nicht nur Gedanken über die Absenkung des Numerus Clausus, sondern auch über weitere Lehrstühle und vor allem Studienplätze zu machen. Dies wäre zumindest ein wichtiger Schritt, um zukünftige Versorgungslücken zu schließen.